

Europabericht

4. Vierteljahr 2011

*Europakompetenz für Schülerinnen und Schüler
Steirische Termine im Brüssel-Büro
Café Europa als Internet-TV-Veranstaltungsreihe
Europarecht aktuell
Internationale Kontakte der Steiermark
Aus dem Ausschuss der Regionen
Das Arbeitsprogramm 2012 der Europäischen Kommission –
Auswirkungen auf die Steiermark
TEN – Baltisch-Adriatische Achse ist auf Schiene
Neue Rechtsakte und Rechtssetzungsvorschläge*

GZ.: FA1E-L1.60-34544/2010-519



Das Land
Steiermark

→ Europa und Außenbeziehungen



**Sehr geschätzte Abgeordnete zum Steiermärkischen Landtag!
Werte Leserinnen und Leser!**

Der vorliegende Europabericht liefert Ihnen einen kompakten Überblick über die Aktivitäten des Europa-Ressorts im vierten Quartal 2011. Der zweite Schwerpunkt ist ein Ausblick auf das Jahr 2012. Wir stellen Ihnen das Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für das heurige Jahr und die konkreten Auswirkungen für die Steiermark vor.

In der steirischen Europastrategie 2020 ist die „Europakommunikation“ eine wesentliche Kernstrategie, die dazu dient, Europa den Steirerinnen und Steirern näher zu bringen. Im vorliegenden Europabericht zeigen wir etwa, wie steirische Jugendliche die Einrichtungen der Europäischen Union hautnah erleben. Mit dem Projekt „Steirische Schülerinnen und Schüler in der EU“ unterstützt das Europaressort Fahrten von Schulklassen nach Brüssel oder Straßburg. Weiters bietet das Europaressort die Möglichkeit, im „Café Europa“ live mit interessanten Gesprächspartnern zu diskutieren oder diese Diskussionen via [livestream](#) im Internet zu verfolgen. Nicht zu vergessen ist der [Newsletter](#), der Sie fast täglich über die aktuellsten Entwicklungen in der EU auf dem Laufenden hält.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Christian Buchmann
Landesrat für Wirtschaft, Europa und Kultur



Inhalt

1a: Die Steiermark in der EU – Thementeil.....	4
<i>Europakompetenz für Schülerinnen und Schüler</i>	<i>4</i>
<i>Steirische Termine im Brüssel-Büro</i>	<i>6</i>
<i>Café Europa als Internet-TV-Veranstaltungsreihe</i>	<i>8</i>
1b: Die Steiermark in der EU – Infoteil	10
<i>Europarecht aktuell</i>	<i>10</i>
<i>Internationale Kontakte der Steiermark</i>	<i>12</i>
2a: Europa und die Steiermark – Thementeil	14
<i>Aus dem Ausschuss der Regionen</i>	<i>14</i>
<i>Das Arbeitsprogramm 2012 der Europäischen Kommission –</i>	
<i>Auswirkungen auf die Steiermark</i>	<i>15</i>
<i>TEN – Baltisch-Adriatische Achse ist auf Schiene</i>	<i>21</i>
2b: Europa und die Steiermark – Infoteil	24
<i>Neue Rechtsakte und Rechtssetzungsvorschläge.....</i>	<i>24</i>



EUROPASTRATEGIE

Die steirische Europastrategie wurde vom Landtag am 27. September 2011 beschlossen. Immer wieder wird im Europabericht über Aktivitäten informiert, die in Umsetzung dieser Strategie erfolgen. Um dies transparenter zu gestalten, macht die nebenstehende Grafik deutlich, dass die beschriebene Initiative Teil der Umsetzung der [Europastrategie](#) ist.



1a: Die Steiermark in der EU – Thementeil

Europakompetenz für Schülerinnen und Schüler

EUROPAINFORMATION IN SCHULEN

Im Rahmen des Info-Netzwerks „EuropeDirect“, das seit nunmehr 2009 als EU-kofinanziertes Projekt in der Steiermark verankert ist, gibt es für Schulen die Möglichkeit, Vortragende zum Thema EU anzufordern, bzw. zu Vorträgen in die Europaabteilung des Landes zu kommen. Zahlreiche Pflichtschulen, AHS und BHS und neuerdings auch Berufsschulen nehmen diese Möglichkeit in Anspruch. Dabei stehen Vortragende aus dem Europaressort sowie dem Institut für Europarecht der Karl-Franzens-Universität Graz zur Verfügung und diskutieren mit Schülerinnen und Schülern aktuelle europäische Themen oder informieren – je nach Schulstufe und Wunsch der Schule – allgemein über Europa und das Funktionieren der EU. Im vierten Quartal 2011 wurden etwa folgende Termine absolviert:



September	Hauptschule Stubenberg BRG Graz-Ursulinen
Oktober	Volksschule Trofaiach Hauptschule St. Stefan im Rosental Fortbildung für Berufsschullehrer in Graz
November	Hauptschule Markt Hartmannsdorf Hauptschule Rohrbach a.d. Lafnitz Hauptschule Puch bei Weiz Landesberufsschule 8 Graz Graz International Bilingual School BHAK Monsberger Graz
Dezember	Hauptschule Groß St. Florian Volksschule Andritz (Prochaskagasse) BHAK Monsberger Graz

Näheres zu EU in Schulen finden Sie [hier](#).



STEIRISCHE SCHULEN BESUCHEN HAUPTSTÄDTE DER EU UND DES EUROPARATES – RICHTLINIE FÜR ZUSCHÜSSE

Einem vielfach von Schulen an das Europaressort herangetragenen Wunsch entsprechend gibt es 2012 erstmals die Möglichkeit, Reisen steirischer Schülerinnen und Schüler in die Hauptstädte der Europäischen Union und des Europarates unter bestimmten Voraussetzungen zu unterstützen. Die Landesregierung hat in ihrer Sitzung vom 15. Dezember 2011 auf Antrag von Landesrat Dr. Christian Buchmann dazu Förderrichtlinien beschlossen. Insgesamt stehen für 2012 Fördermittel in Höhe von EUR 50.000,- zur Verfügung. Nach einem Jahr wird diese Förderinitiative evaluiert und allenfalls modifiziert.

Ziel ist es, Jugendlichen und jungen Erwachsenen ein besseres Verständnis der europäischen Zusammenhänge in Gesellschaft, Politik und Wirtschaft zu vermitteln und die Bedeutung der europäischen Integration für die Steiermark nahe zu bringen. Jugendliche und junge Erwachsene sollen befähigt werden, die europäische Dimension in verschiedensten Lebensbereichen zu erkennen und sie für sich selbst nutzbar zu machen.

- ⇒ **Verfahren:** Das [Antragsformular](http://www.europa.steiermark.at) steht auf der Internet-Adresse „www.europa.steiermark.at“ bereit und muss per Post an die FA1E übermittelt werden. Der Antrag muss spätestens zwei Monate vor dem Beginn der geplanten Fahrt gestellt werden (Datum des Poststempels). Die Förderzusage erfolgt schriftlich.

2012 können Schülerreisen nach Brüssel, Straßburg und Luxemburg gefördert werden



Steirische Termine im Brüssel-Büro

- **10. bis 12. Oktober: Landesrätin Mag.^a Grossmann bei den Open Days und der Plenartagung des Ausschusses der Regionen**

Beim [Open Days-Workshop](#) (die „Open Days“ wurden im Vierteljahresbericht 2/2011 vorgestellt) haben zahlreiche Regionen Projekte zur umweltfreundlichen Mobilität vorgestellt. Landesrätin Mag.^a Elisabeth Grossmann begrüßte den Präsidenten von Bretagne, Jean Yves Le Drian, den Industrieminister des Baskenlandes, Xavier Garmendia und die Vizepräsidentin der Region Nordportugal, Ana Teresa Lehmann zu einer politischen Debatte im Steiermarkhaus.

Landesrätin Grossmann vertrat die Steiermark bei der Plenartagung des Ausschusses der Regionen (AdR) und traf u.a. mit der Präsidentin des AdR, Mercedes Bresso und mit EU-Kommissar Johannes Hahn zusammen. Am Programm der Landesrätin standen noch Treffen mit den EU-Abgeordneten Jörg Leichtfried und Evelyn Regner sowie ein Gespräch mit Bürgermeistern aus dem Bezirk Liezen, die gemeinsam mit der Abgeordneten zum Nationalrat Elisabeth Hackel in Brüssel waren.

- **20. Oktober: Landtagsdelegation**

Eine steirische Landtagsdelegation unter der Leitung des Zweiten Präsidenten Franz Majcen beschäftigte sich im Steiermark-Büro mit wirtschaftspolitischen Fragen im Zusammenhang mit der Finanzkrise der Euroländer, der Zukunft der gemeinsamen Agrarpolitik, der demographischen Entwicklung und deren Auswirkungen auf das Sozialwesen, sowie dem Europäischen Jahr des aktiven Alterns 2012. Am Programm standen neben einem Gedankenaustausch mit EU-Regionalkommissar Johannes Hahn auch Hintergrundgespräche mit den EU-Abgeordneten Jörg Leichtfried und Othmar Karas.

- **02. November: Besuch von Sturm Graz**

Der Vorstand des Fußballklubs von Sturm Graz war in Brüssel aufgrund des Fußballspiels gegen RSC Anderlecht und hat die Gelegenheit genutzt, dem Steiermark-Büro Brüssel einen Besuch abzustatten.

- **09. und 10. November: Landesrat Dr. Kurzmann in Brüssel**

Landesrat Dr. Gerhard Kurzmann kam zu einem regionalen „Luftqualitätsgipfel“ in die Europahauptstadt. Er traf im Rahmen der vom Team des Steiermark-Büros organisierten AIR-Konferenz mit den für Fragen der Luftqualität befassten Poli-





kern und Experten von elf europäischen Regionen sowie der Europäischen Kommission zusammen. Die von der Steiermark mit initiierte Luftqualitätsinitiative der Regionen („Air-Quality Initiative of Regions“ – AIR) hat zum Ziel, neue wissenschaftliche Erkenntnisse und vor allem auch Erfahrungen der Regionen mit Maßnahmen zur Verbesserung der Luftqualität auszutauschen. Die Luftqualität soll stärker in die verschiedenen thematischen EU-Politiken wie die Klima- und Industriepolitik bzw. Verkehrspolitik integriert werden. Die AIR tritt für eine Senkung der Emissionen an den Verursacherquellen ein. Nach der Unterzeichnung einer Vereinbarung zur Zusammenarbeit traf Landesrat Kurzmann mit den Europaabgeordneten Karin Kadenbach und Richard Seeber zu einem fachlichen Austausch zusammen.

- **23. November: Landesrätin Mag.^a Grossmann in Brüssel**

Ein dichtes Programm absolvierte Landesrätin Mag.^a Elisabeth Grossmann bei ihrer zweiten Brüsselreise dieses Quartals. Auf der Tagesordnung standen die Teilnahme an der Sitzung der Fachkommission für Bildung und Kultur des Ausschusses der Regionen sowie Gespräche mit Vertretern der Kommission zum zukünftigen EU-Förderprogramm „Erasmus für alle“ für Jugend und Bildung, zu Fragen der Chancengleichheit und zum Europäischen Jahr des aktiven Alterns 2012.

- **24. November: Autorenlesung Georg Petz**

Der steirische Schriftsteller Georg Petz hielt in den Räumen des Steiermarkhauses eine Lesung aus seinem Werk „Bildstill“.

- **05. Dezember: Besuchergruppe aus Bruck/Mur**

Eine Besuchergruppe der SPÖ-Bezirksorganisation Bruck an der Mur war zu Gast im Steiermarkhaus um europäische Themen zu diskutieren. Dort traf man auch mit 2. Landeshauptmann-Stellvertreter Siegfried Schrittwieser zusammen, der sich beim Team des Steiermark-Büros „Brüsseler Hintergrundinformationen“ einholte.

- **05. bis 07. Dezember: LH-Stv. Siegfried Schrittwieser in Brüssel**

Großes Interesse zeigte Georg Fischer, Direktor für Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik der Europäischen Kommission an den von Landeshauptmannstellvertreter Schrittwieser vorgestellten steirischen Produktionsschulen, die eine überbetriebliche Ausbildung für Jugendliche sicherstellen. Aber auch Fragen der EU-Kofinanzierung für niederschwellige Beschäftigungsinitiativen wurden diskutiert. Neben Gesprächen zu sozialen Themen standen politische Treffen mit den EU-Parlamentariern Jörg Leichtfried und Mathias Groote und ein Austausch mit dem



österreichischen Botschafter zum Königreich Belgien, Dr. Karl Schramek, auf der Agenda.

- **13. Dezember: Sitzung des Arbeitskreises Umwelt im Steiermarkhaus**

Der Umweltarbeitskreis der deutschen und österreichischen Bundesländer war erstmals zu Gast im Steiermarkhaus. Mit dem Experten der Europäischen Kommission, Paul Anciaux, wurde die neue europäische Rohstoffstrategie besprochen.

Café Europa als Internet-TV-Veranstaltungsreihe

„Cafe Europa“, konzipiert als Internet-TV- Serie und veranstaltet von der Fachabteilung für Europa und Außenbeziehungen, sorgte im Berichtszeitraum bei den Gästen im Studio und im Internet für Aufmerksamkeit: „**Clean Mobility**“ sowie „**Slowenien und Kroatien nach den Wahlen**“ wurden in hochkarätigen Diskussionsrunden von verschiedensten Blickwinkeln beleuchtet.

Eine Expertengruppe um Landesrat Dr. Christian Buchmann und den neuen Geschäftsführer des AC Styria, Dipl.-Ing. Franz Lückler analysierte die Materie „Clean Mobility“. Dabei gaben sie einen Einblick in mögliche Zukunfts-Perspektiven für die Mobilität. Der Tenor dieser Erörterung war, dass trotz neuer Technologien das E-Car und die damit einhergehende emissionsfreie Mobilität noch weit entfernte Zukunftsmusik bedeuten. Derzeit stünden der Produktion einiger tausend E-Cars hunderte Millionen klassisch betriebener KFZ gegenüber. Der Weg zum E-Car ist nach Meinung der Experten auch nicht alleine mit der Massenproduktion der Elektro-Technologie bereitet, wenn nicht gleichzeitig in die zu schaffende Infrastruktur, wie z.B. E-Tankstellen, investiert wird. Außerdem sei „Clean Mobility“ nur dann „clean“, würde der dafür verwendete Strom auch sauber produziert werden. Das hieße demnach, dass der Strom keinesfalls aus kalorischen- oder Atomkraftwerken gewonnen werden dürfte.

Das zweite Hauptthema der „Cafe-Europa“-Sendereihe widmete sich wesentlichen nationalen Wahlgängen in unseren benachbarten Alpe-Adria-Staaten Slowenien und Kroatien: Eine differenzierte Experten-Analyse zeichnete ein bewegtes Bild der politischen Landschaften sowie den offenen Zugang dieser Staaten zu Österreich und der Steiermark. Universitätsprofessor Florian Bieber vom Südosteuropa-Zentrum der Karl-Franzens-Universität Graz, der die Diskussion leitete, sowie Niko Toš, Professor und Direktor des „Institut of Social Sciences“ in Ljubljana, Tomislav Jakić, Berater von Präsident Stjepan Mesić und Norbert Mappes-Niediek, bekannter Südosteuropa-Korrespondent, machten deutlich, dass einer-

Im „Café Europa“ kann jeder vor Ort oder aber live im Internet mitdiskutieren.





seits Österreich und Slowenien sehr viel in Bezug auf ihre Werte verbindet und dass in Österreich erfreulicherweise ein großes Kroatien-Interesse vorherrscht. Dies sei sehr wesentlich im Zusammenhang mit dem bevorstehenden EU-Beitritt Kroatiens.

Die Wahlen in Slowenien hätten mit dem Erreichen der relativen Mehrheit der Partei „Positives Slowenien“, die erstmals angetreten war, ein historisches Sensationsergebnis gebracht, während die Partei von Ex-Premier Janež Jansa ein Debakel erlitten hätte. Das Wahlergebnis in Kroatien bedeute jedenfalls, dass sich die kommende Regierung voll zu den Vertragsverhandlungsergebnissen bekenne und einen reibungslosen Beitritts-Prozess anstrebe.

Einig war man sich aber auch darüber, dass in beiden Staaten eine unruhige Zeit für die Parteienlandschaften anstehe.

Nächste [Café Europa](#):

2. Februar 2012, „Kroatien“ – Europagespräch mit Botschafter Dr. Gordan Bakota und Landesrat Dr. Christian Buchmann

2. März 2012, Euro-Krise mit Mag. Franz Nauschnigg, Österreichische Nationalbank, MEP Mag. Othmar Karas und Landesrat Dr. Christian Buchmann



1b: Die Steiermark in der EU – Infoteil

Europarecht aktuell

RECHTSANPASSUNG IN DER STEIERMARK

Gesetz vom 18. Oktober über die Erbringung von Dienstleistungen – Steiermärkisches Dienstleistungsgesetz, LGBL. Nr. 36/2011 vom 20. Dezember 2011, in Umsetzung der Richtlinie 2006/123/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2006 über Dienstleistungen im Binnenmarkt.

http://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/Lgbl/LGBL_ST_20111220_101/LGBL_ST_20111220_101.pdf

VERTRAGSVERLETZUNGSVERFAHREN MIT STEIERMARK-BEZUG

Verstoß gegen die Richtlinie 99/30/EG bzw. Richtlinie 2008/50/EG über Luftqualität und saubere Luft für Europa hinsichtlich der PM₁₀-Grenzwerte in Graz (Vertragsverletzungsverfahren 08/2183)

Laut Artikel 13 Absatz 1 der Richtlinie 2008/50/EG stellen die "Mitgliedstaaten [...] sicher, dass überall in ihren Gebieten und Ballungsräumen die Werte für Schwefeldioxid, PM₁₀, Blei und Kohlenmonoxid in der Luft die in Anhang XI festgelegten Grenzwerte nicht überschreiten." In Anhang XI der Richtlinie 2008/50/EG sind zwei Arten von Grenzwerten für PM₁₀ festgelegt: einer für die Konzentration pro Kalenderjahr in Höhe von 40 µg/m³ und einer für die Konzentration pro Tag in Höhe von 50 µg/m³, die nicht öfter als 35-mal im Kalenderjahr überschritten werden darf.

Die Europäische Kommission hatte eine Fristverlängerung für die Einhaltung der PM₁₀ Grenzwerte für den Raum Graz bis zum 11. Juni 2011 unter der Bedingung genehmigt, dass ein modifizierter Luftqualitätsplan erarbeitet und der Kommission übermittelt wird. Dieser wurde der Kommission übermittelt und wird seitdem geprüft.

Verstoß gegen die Richtlinie 2004/38/EG über das Recht der Unionsbürger und ihrer Familienangehörigen, sich im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten frei zu bewegen und aufzuhalten bzw. Verstoß gegen Art. 18 AEUV durch die Gestaltung der Fahrpreise öffentlicher Verkehrsmittel für Studierende (Klage Rs C-75/11)

Aufgrund einer Beschwerde von Studierenden hat die Europäische Kommission bereits 2006 Auskunft über die Gestaltung der Ermäßigungen für Studierende im

Feinstaub:
noch keine Entscheidung der Kommission

Tickets für StudentInnen im ÖPNV: diskriminierende Fahrpreisgestaltung



öffentlichen Personennahverkehr in Österreich eingefordert. Im März 2009 hat die Kommission daraufhin ein Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet, da sie der Ansicht ist, die Gestaltung der Studierendenermäßigungen sei in den meisten Bundesländern unionsrechtswidrig.

Die Kommission begründet dies mit der Knüpfung der Ermäßigung in den meisten österreichischen Regionen (so auch in der Steiermark) an den Bezug der österreichischen Familienbeihilfe. Dies schließt Studierende aus, deren Eltern im Ausland lebten und verstoße gegen das Gleichbehandlungsgebot der Richtlinie 2004/38/EG bzw. gegen das Diskriminierungsverbot des Art. 18 AEUV. In ihrer Stellungnahme zum Mahnschreiben entgegnete Österreich insbesondere, die Ermäßigung sei keine Leistung an Studierende sondern eine Leistung zugunsten der unterhaltspflichtigen Eltern und dies könne eine unterschiedliche Behandlung rechtfertigen.

Die Kommission übermittelte am 28. Jänner 2010 die begründete Stellungnahme, in welcher der österreichischen Rechtsansicht nicht zugestimmt wurde und am 21. Februar 2011 die Klage gegen die Republik Österreich. Im Berichtszeitraum wurde mitgeteilt, dass es Schlussanträge des Generalanwalts – eine Art Rechtsgutachten, das zur Vorbereitung der Entscheidung eingeholt werden kann – geben wird.

Verstoß gegen die Richtlinie 2008/1/EG über die integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung ("IPPC") hinsichtlich „bestehender Anlagen“ (Vertragsverletzungsverfahren 09/2289)

Im Berichtszeitraum wurde die noch fehlende „IPPC-Anlagengenehmigung“ rechtskräftig.

Anlagenverfahren
mittlerweile ab-
geschlossen



Internationale Kontakte der Steiermark

KALENDARIUM

Oktober 2011:

- Eine fünfköpfige Verwaltungsdelegation aus Kujawien-Pommern / Polen führte in Graz Gespräche mit ExpertInnen zu den Themen Alternativenergie, Lebensmittel, Tourismus und Exportwirtschaft.
- Das 20-jährige Jubiläum der Unabhängigkeit Sloweniens wurde mit einem Festakt in der Aula der Alten Universität Graz gefeiert. Dabei konnten aus Slowenien der ehemalige Ministerpräsident Lojze Peterle sowie der Botschafter Sloweniens in Wien, Aleksander Geržina begrüßt werden.

November 2011:

- Eine achtköpfige Delegation aus Ost-Java unter der Leitung des indonesischen Botschafters I Gusti Agung Wesaka Puja besuchte die Steiermark, um sich über Tourismus, Lebensmittelcluster, Holzcluster sowie Solarenergie (Besuch der Firma S.O.L.I.D.) zu informieren. Weiters kam es zu einem Treffen mit Repräsentanten der Technischen Universität Graz.
- Neun ParlamentarierInnen unter der Führung des Vorsitzenden des Abgeordnetenhauses aus Bosnien Herzegowina, Dr. Denis Zvizdic, stattete dem Steirischen Landtagspräsidenten Ing. Manfred Wegscheider einen Besuch ab und informierte sich über die Arbeitsweise des Landtag Steiermark.
- Landesrat Dr. Christian Buchmann empfing unter der Leitung des stv. Gespanschaftsvorsitzenden Visco Haladic eine vierköpfige Delegation aus Split/Dalmatien. Die Delegation besuchte das Impulszentrum Graz-West, den Umwelttechnik-Cluster Eco World Styria, Ingenos Gobiet Business und das ICS.
- Der seit September 2011 amtierende tunesische Botschafter Mohamed Samir Koubaa stattete Landeshauptmann Mag. Franz Voves einen Antrittsbesuch ab. Thema des Gespräches waren die seit der „Jasmin Revolution“ neue politische Situation in Tunesien und erneuerbare Energien.
- Ab Jänner 2012 wird die Österreichische Botschaft in China neu besetzt: Dr. Irene Giner-Reichl ist neue Botschafterin in Peking. Sie informierte sich vorweg bei Landeshauptmann Mag. Franz Voves über die bereits bestehenden Kontakte zwischen der Steiermark und chinesischen Regionen





sowie über die vor Kurzem stattgefundene Delegationsreise unter der Leitung von Landeshauptmann Mag. Franz Voves und Landesrat Dr. Christian Buchmann nach China.

Dezember 2011:

- Der Vizepräsident des Exekutivrates der Autonomen Provinz Vojvodina, Dr. Tomislav Stantić diskutierte mit Landesrat Dr. Christian Buchmann und Vertretern des ICS weitere mögliche wirtschaftliche Kooperationen zwischen der Steiermark und der Vojvodina.
- Acht ParlamentarierInnen unter der Leitung der zwei stellvertretenden Vorsitzenden der Gebietsduma von Jaroslavl (Russland) besuchten die Steiermark, um die Eckpunkte eines Kooperationsvertrages zu besprechen. Aus diesem Anlass trafen sich Vertreter der künftigen Partnerländer zu mehreren Arbeitsgesprächen in Graz; begrüßt wurden sie vom Zweiten Landtagspräsidenten Franz Majcen. Die Vereinbarung soll künftig unter anderem die Grundlage für geplante Projekte der steirischen Automobilindustrie bilden. Gespräche mit ExpertInnen der Exportwirtschaft, Landwirtschaft sowie Weinbau (Besuch der Weinbauschule Silberberg) rundeten das Programm ab.
- Eine Delegation unter der Leitung des Ersten stellvertretenden Ministers für Industrie und Handel der Republik Tatarstan, Igor Nokov, besuchte die Firmen Magna und AVL List. Gespräche fanden mit VertreterInnen des Eco-, Auto-, und Lebensmittelclusters statt. Die offizielle Steiermark wurde vertreten vom Zweiten Landtagspräsident Franz Majcen.



2a: Europa und die Steiermark – Thementeil

Aus dem Ausschuss der Regionen

92. PLENARTAGUNG / 10.-12. OKTOBER

Auf der 92. Plenartagung wurde das Land Steiermark von Landesrätin Mag.^a Elisabeth Grossmann als stellvertretendes Mitglied des AdR repräsentiert. Auf der Tagesordnung standen u.a. eine gemeinsame Positionierung der Länder- und GemeindevertreterInnen zu sinnvoller Regulierung, einem ressourcenschonenden Europa sowie die künftige EU-Regionalförderung, die von Kommissar Johannes Hahn, Kommissarin Kristalina Georgieva sowie der AdR-Präsidentin Mercedes Bresso, erläutert wurde.

Insbesondere das Thema einer wettbewerbsfähigeren und umweltfreundlicheren Industrie wurde diskutiert. Selbst der Vizepräsident der Europäischen Kommission, Antonio Tajani – zuständig für Industrie und Unternehmertum – betonte, dass viele wichtige Entscheidungen in erster Linie auf regionaler Ebene getroffen werden. Der AdR begrüßte die Vorschläge der Kommission und forderte Maßnahmen, die den Unternehmen mehr Flexibilität bei ihren Beschäftigungsstrategien gewähren. Verbesserter Zugang zu Krediten sowie eine engere Verknüpfung mit den Finanzmärkten und der realen Wirtschaft waren weitere Forderungen.

93. PLENARTAGUNG / 14.-15. DEZEMBER 2011

Die 93. Plenartagung war geprägt von den zentralen Themen des künftigen Arbeitsprogramms der Europäischen Kommission, des EU-Haushalts und der entscheidenden Rolle der Städte und Regionen bei der Förderung einer nachhaltigen Entwicklung. Abgerundet wurde die Plenartagung von einem weiteren zentralen Thema der „Europa-2020“-Strategie, dem Umweltschutz, das der zuständige Kommissar Janez Potočnik in seiner Rede nach der Verabschiedung der AdR-Stellungnahme zur Konferenz über nachhaltige Entwicklung, erläuterte. Potočnik betonte, dass viele Standpunkte des AdR bereits in die offizielle Verhandlungsposition der EU im Bereich Klimaschutz eingegangen wären, dass diese jedoch noch stärker zu globalen Übereinkünften konsultiert werden sollten. Die Stellungnahme zum Richtlinienvorschlag zur Energieeffizienz wurde nach längerer Diskussion angenommen und fordert nun insbesondere, dass die Regionen ausreichend Flexibilität im Sinne des Subsidiaritätsprinzips bei der Umsetzung der ambitionierten EU-Ziele behalten sollten. Abschließend widmete sich der AdR der Integration der Roma und begrüßte die Vorschläge der Europäischen Kommission weitgehend.

Link zu den Dokumenten der Plenartagungen: [AdR](#)





Das Arbeitsprogramm 2012 der Europäischen Kommission – Auswirkungen auf die Steiermark

Das am 15. November 2011 unter dem Titel „Europäische Erneuerung“ von der Kommission präsentierte Arbeitsprogramm für 2012 sieht 129 Initiativen der Kommission vor. Höchste Priorität schreibt die Europäische Kommission weiterhin der Überwindung der Finanz- und Wirtschaftskrise zu und unterteilt das Arbeitsprogramm in drei inhaltliche Prioritäten.

1. Ein Europa der Stabilität und Verantwortung

Aufbauend auf die [„Europa-2020“-Strategie](#) hat die Europäische Union bereits zahlreiche Schritte ergriffen, um die Wirtschaft nachhaltig anzukurbeln. Der zweite Jahreswachstumsbericht wird den Rahmen für das Europäische Semester 2012 bilden, das eine umfassende Reform der Regulierung und Beaufsichtigung der Finanzmärkte zum Ziel hat und das Finanzsystem der EU auf eine solide Grundlage stellen soll.

2. Schaffung einer Union des nachhaltigen Wachstums und der Solidarität

Im Jahr 2012 liegt das Hauptaugenmerk darauf, dass der digitale Binnenmarkt besser funktioniert, und dass Verbraucher ebenso wie Anbieter Vertrauen in Online-Transaktionen gewinnen. Weitere Maßnahmen konzentrieren sich darauf weiterhin eine nachhaltige Wirtschaft anzustreben. Hierzu gehören Maßnahmen in den Bereichen Renten, Fahrzeugemissionen und Wasserversorgung.

Die Kommission schlägt außerdem Initiativen vor, um die nationalen Forschungssysteme miteinander zu verbinden und einen strukturierten, mobilen und effizienten europäischen Forschungsraum zu schaffen, der auf größerem Wettbewerb und stärkerer Zusammenarbeit beruht.

3. Mehr Gewicht für die Europäische Union auf der Weltbühne

Das Arbeitsprogramm weist auf die Notwendigkeit hin, dass die EU geschlossen nach außen auftritt und als Einheit dafür sorgt, dass die Vorschläge und Konzepte in Rechtsvorschriften und praktische Maßnahmen vor Ort umgesetzt werden.

AUSWIRKUNGEN AUF DIE STEIERMARK

Das Arbeitsprogramm der Kommission wird sich in vielfältiger Weise auf das Land Steiermark auswirken. Maßnahmen in Verbindung mit der Wirtschafts- und Währungsunion werden Auswirkungen auf die Budgets der Mitgliedstaaten und somit insgesamt die Politikgestaltung haben. Zahlreiche Vorschläge der Europäischen Kommission werden aber auch zu verbindlichen Rechtsakten, die eine Anpassung



des Landesrechts erfordern, wie z.B. in den Bereichen Umwelt, Verkehr und Binnenmarkt. Insbesondere im Bereich des Binnenmarktes werden die Vorschläge zu spezifischen Beihilfen aus staatlichen Mitteln richtungsweisend für die kommenden Jahre sein.

Die wichtigsten Rechtssetzungsvorschläge, die die Europäische Kommission dieses Jahr plant und die für die Steiermark besonders von Bedeutung sind, werden nachfolgend inhaltlich gegliedert dargestellt. Das vollständige Arbeitsprogramm ist abrufbar unter: [Arbeitsprogramm 2012](#).

WIRTSCHAFT UND BINNENMARKT

a) Beihilfenrecht

Verordnung des Rates über eine strategische Initiative für materielle Regeln für staatliche Beihilfen	Ziel ist eine Erleichterung der Wirtschafts- und Umweltförderung durch eine Erweiterung des Anwendungsbereichs der allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung.
Überarbeitung der Leitlinien für staatliche Beihilfen mit regionaler Zielsetzung	Die aktuellen Leitlinien gelten bis zum 31.12.2013. Überarbeitet werden die Vorschriften über Gebietsabgrenzung, zulässige Beihilfeintensitäten und große Investitionsvorhaben.
Überarbeitung der Bürgerschaftsmitteilung	Überarbeitung aufgrund von Marktentwicklungen.
Überarbeitung der Leitlinien für staatliche Beihilfen für Breitbandnetze	Überarbeitung aufgrund von Marktentwicklungen.

b) Verschiedene Wirtschaftszweige

Europäisches Gütezeichen in der Tourismusbranche	Ein europäisches Gütezeichen soll die Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit des Tourismus in Europa stärken, da es für Transparenz und Kohärenz bei der Qualitätsbewertung touristischer Dienstleistungen sorgen würde.
Online-Gewinnspiele im Binnenmarkt	Die Mitteilung ist eine Folgemaßnahme zum Grünbuch über Online-Gewinnspiele und enthält eine eingehende Bewertung der Antworten auf die Kon-



	sultation.
--	------------

BESCHÄFTIGUNG UND SOZIALPOLITIK

Freizügigkeit der Arbeitnehmer innerhalb der Union	Ziel dieser Initiative ist es eine verbesserte Durchsetzbarkeit der Verordnung (EWG) Nr. 1612/1968 über die Freizügigkeit der Arbeitnehmer innerhalb der Union.
Kinderarmut	Mit der Empfehlung werden gemeinsame Grundsätze für ein wirksames politisches Eingreifen in folgenden Bereichen festgelegt: Unterstützung für Familien und Teilhabe an der Gesellschaft.
Förderung der Integration der Roma	Im ersten Jahresbericht werden die einzelstaatlichen Strategien zur Integration der Roma bewertet, die die Mitgliedstaaten der Europäischen Kommission vorlegen müssen.
Spezielles Flexicuritypaket	In der Mitteilung wird die Schlüsselrolle von Flexicurity-Konzepten vor dem derzeitigen wirtschaftlichen Hintergrund herausgestellt. Die Mitteilung enthält konkrete Vorschläge zur Stärkung der verschiedenen Bestandteile der Flexicurity, um die wirtschaftlichen Herausforderungen, vor denen Europa steht, bewältigen zu können.

LANDWIRTSCHAFT

Absatz- und Informationsmaßnahmen für Agrarerzeugnisse	Dieser Vorschlag ist eine Folgemaßnahme zu der Mitteilung über Absatz- und Informationsmaßnahmen für Agrarerzeugnisse. Ziel ist insbesondere eine Vereinfachung der Rechtsvorschriften über Absatzförderung und Information
Allmähliches Auslaufen der Milchquotenregelung	Die Europäische Kommission legt bis 31.12.2012 einen Bericht über die Entwicklung der Marktlage und die daraus resultierenden Bedingungen für ein allmähliches Auslaufen der Milchquotenregelung vor.



UMWELT UND ENERGIE

a) Energie

Energiebinnenmarkt	Mit dieser Initiative wird der aktuelle Entwicklungsstand hin zur Vollendung des Energiebinnenmarktes bis 2014 erörtert; ein möglicher Bedarf an zusätzlichen Maßnahmen wird ermittelt, um sicherzustellen, dass dieses Ziel erreicht wird.
Strategie für erneuerbare Energien	Mit dieser Initiative, die auf dem Fahrplan für erneuerbare Energien bis 2050 aufbaut, werden politische Maßnahmen zur Beschleunigung der Entwicklung erneuerbarer Energien vorgelegt.

b) Umwelt

Schutz der europäischen Wasserressourcen	Bewertung der Umsetzung und Ergebnisse der derzeitigen Süßwasserpolitik, Ermittlung von Lücken und Mängeln sowie Gewährleistung, dass die Wasserpolitik einen wertvollen Beitrag zum Erreichen der Ziele des Fahrplans ressourceneffizientes Europa leistet.
Überarbeitung der UVP-Richtlinie (Umweltverträglichkeitsprüfung)	Das Gesamtziel der Überarbeitung ist die Verbesserung des Umweltschutzes auf einzelstaatlicher Ebene durch die Gewährleistung einer konsequenteren und wirksameren Anwendung der Grundsätze der Umweltbewertung.
Gebietsfremde invasive Arten	Das Hauptziel besteht darin, die negativen Auswirkungen von gebietsfremden Arten auf die biologische Vielfalt in der EU auf ein Minimum zu reduzieren.
7. Umweltaktionsprogramm	Diese Initiative soll angesichts der zunehmend systemischen Art der Umweltprobleme Prioritäten im Rahmen der EU-Strategie 2020 festlegen und die fortdauernde Umweltzerstörung bekämpfen.

FORSCHUNG UND INNOVATION

Rahmen für den Europäi-	Ziel ist dabei eine Steigerung der Effizienz des euro-
--------------------------------	--



<p>schen Forschungsraum (ERA)</p>	<p>päischen Forschungssystem durch eine bessere Nutzung des Potenzials für grenzüberschreitende Synergien und Ergänzungen (z. B. Mobilität und Laufbahnmöglichkeiten von Forschern, grenzüberschreitende Projekte).</p>
<p>Stand der Innovationsunion 2012 – Beschleunigung des Wandels</p>	<p>In dieser Mitteilung werden die nächsten Schritte dargelegt, mit denen Wachstum und Arbeitsplätze durch Innovation geschaffen werden sollen. Sie enthält folgende Vorschläge: genaue Festlegung des neuen Indikators für schnell wachsende und innovative Unternehmen mit einer vergleichenden Bewertung der Innovationsleistung der Mitgliedstaaten, Folgemaßnahmen zu Selbstverpflichtungen im Rahmen der Innovationsunion, bei denen keine Fortschritte erzielt wurden, und ein Vorschlag, das Thema Innovation in die EU-Strategien zu integrieren.</p>

VERKEHR

<p>Saubere Energie im Verkehr: Eine alternative Kraftstoffstrategie</p>	<p>Ermittelt werden mögliche EU-Maßnahmen, um die Verwendung alternativer Kraftstoffe in der EU anzukurbeln und der Industrie, dem öffentlichen Sektor und den Verbrauchern eine schlüssige Vision der Marktentwicklung für Verkehrssysteme mit alternativen Kraftstoffen zu bieten.</p>
<p>Zugang zum Schienenverkehrsmarkt</p>	<p>Ziel ist einerseits eine weitere Marktöffnung im Bereich Schienenverkehr für den Markt für inländischen Personenverkehr und ein diskriminierungsfreier Zugang zur Schieneninfrastruktur einschließlich schienenverkehrsbezogener Leistungen, insbesondere durch strukturelle Trennung zwischen Infrastrukturmanagement und dem Erbringen von Dienstleistungen (Entflechtung).</p>

JUSTIZ UND INNERES

<p>Gegenseitige Anerkennung bestimmter</p>	<p>Mit diesem Vorschlag soll die gegenseitige Anerkennung bestimmter Personenstandsunterlagen (z.B.</p>
---	---



Personenstandsurkunden	Urkunden mit Angaben zu Geburt, Abstammung, Adoption, Namen, Ableben) durchgesetzt werden.
Europaweiter Rahmen für elektronische Identifizierung, Authentifizierung und Signatur	Durch die Gewährleistung der gegenseitigen Anerkennung von elektronischer Identifizierung und Authentifizierung EU-weit sowie von elektronischen Signaturen sollen elektronische Transaktionen erleichtert werden.
Überarbeitung des EU-Rahmens für Vorratsdatenspeicherung	Die Überarbeitung ist ein Ergebnis der Bewertung der bestehenden Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung.
Zulassung von Drittstaatsangehörigen zum Zwecke der wissenschaftlichen Forschung, eines Studiums oder Schüleraustausches, einer unbezahlten Ausbildungsmaßnahme oder einem Freiwilligendienst	Diese Initiative soll die Möglichkeiten des Austauschs mit Drittstaatsangehörigen in den Bereichen Wissenschaft, Bildung, Ausbildung und Kultur weiter erleichtern und die Bedingungen für ihre Einreise, ihren Aufenthalt und ihre EU-interne Mobilität transparenter und wirksamer gestalten.



TEN – Baltisch-Adriatische Achse ist auf Schiene

EINE ALLIANZ VON 14 REGIONEN BRINGT DIE BAA GEMEINSAM MIT BUND UND EUROPÄISCHEM PARLAMENT AUF DEN RICHTIGEN WEG



Am 19. Oktober 2011 wurde der [Verordnungsentwurf](#) zu den Transeuropäischen Netzen (TEN) präsentiert, in dem die Steiermark nun endlich aufscheint. Damit ist nach der [Deklaration](#) im europäischen Parlament von Oktober 2009 ein weiterer bedeutender Schritt gesetzt. Die Steiermark suchte sich mit 13 anderen Regionen starke Vertreter für einen Ausbau der Baltisch Adriatischen Achse (BAA) und betrieb intensives Lobbying. Mit dabei sind mit Niederösterreich, Wien und Kärnten noch drei weitere österreichische Regionen. Die Baltisch Adriatische Achse wird laut Vorschlag der Europäischen Kommission von Gdańsk (Polen) bis nach Bologna (Italien) reichen und demnach fünf Mitgliedsstaaten und 14 Regi-

onen miteinander verbinden.

Den Anfang nahm der Aufbau eines Transeuropäischen Verkehrsnetzes (TEN-T) im Jahr 1996. Mit der Zielsetzung den Binnenmarkt weiter zu stärken wurden das erste Mal Leitlinien verabschiedet, die ein dichtes Gesamtnetz basierend auf Vorschlägen der damals 15 Mitgliedsstaaten und eine Liste mit 14 vorrangigen Projekten enthielt. Im Zuge der Revision im Jahr 2004 und 2007 wurde die Anzahl der vorrangigen Projekte auf 30 erhöht.

Aktuell ist die gesamte TEN-T Politik einer umfassenden Revision seitens der Europäischen Kommission unterworfen. Die TEN-T Politik ist Teil der „Connecting





Europe“-Fazilität zur Förderung des Ausbaus von Verkehr, Telekommunikation und Breitbandanbindung. Während das Gesamtnetz der Straßen, Eisenbahnen, Binnenwasserwege, Häfen und Flughäfen mit lediglich geringfügigen Anpassungen erhalten bleibt, liegt der Schwerpunkt auf der Errichtung eines Kernnetzwerkes der strategisch bedeutendsten Verbindungen innerhalb der EU sowie zu den Nachbarstaaten. Die Planung des TEN-T erfolgt von oben nach unten mithilfe einer klaren und transparenten, auf der Geografie basierenden Methodologie. Diese steht wiederum im Einklang mit den Zielen der Strategie „Europa 2020“.

Die vorrangigen Ziele der TEN-T

- Stärkung des Binnenmarktes sowie territoriale, ökonomische und soziale Kohäsion,
- Stärkung der globalen Wettbewerbsfähigkeit der EU,
- Förderung der nachhaltigen Mobilität für Personen und Güter.

Die Baltisch-Adriatische Achse (BAA)

Am 12. Oktober 2006 wurde ein „Letter of Intent“ zwischen Polen, der Tschechischen Republik, der Slowakei, Österreich und Italien unterzeichnet. Ziel war die Verlängerung des TEN-T PP 23 (Eisenbahn) und des TEN-T PP 25 (Straße) von Danzig-Warschau-Kattowitz-Ostrau-Brünn-Wien, weiter nach Graz-Klagenfurt-Villach-Udine-Trieste/Venezia bis Bologna.

Am 6. Oktober 2009 wurde die „Allianz der 14 Regionen“ im Verlauf der BAA gegründet. Dabei wurde ein Event anlässlich der Unterzeichnung der „Declaration on the extension of the TEN-T PP23“ im Europäischen Parlament veranstaltet. Die Steiermark wurde damals vertreten durch Herrn Landeshauptmann Mag. Franz Voves, der in diesem Rahmen schon die Wichtigkeit der BAA für die Regionen besonders hervorhob.

Das neue Kernnetzwerk

Die Europäische Kommission veröffentlichte am 19. Oktober 2011 ihre Vorschläge für das künftige TEN-T. Darin ist nun erstmals die Trasse durch die Steiermark beinhaltet. Mit dem neuen Kernnetzwerk sollen Engpässe beseitigt, die Infrastruktur modernisiert und der grenzüberschreitende Verkehr flüssiger gestaltet werden. In Zukunft werden 83 wichtige europäische Häfen an das Eisenbahn- und Straßenverkehrsnetz angeschlossen. Es verbindet 37 Großflughäfen im Schienenverkehr mit Ballungsgebieten, umfasst 15.000 km Eisenbahnstrecken, die für den Hochgeschwindigkeitsverkehr ausgelegt sind und verwirklicht 35 große grenzübergreifende Vorhaben.



Das Kernnetz soll bis 2030 fertig gestellt sein. Die Kosten der ersten Finanzierungsphase im Zeitraum 2014-2020 werden auf 250 Milliarden Euro geschätzt.

Der Nutzen für die Steiermark

Die Steiermark ist gleich an zwei Großprojekten entlang der BAA beteiligt. Zum einen am Semmering Basistunnel und zum anderen am Koralmtunnel. Mittels der Arbeit des Steiermark-Büros, der anderen Regionalvertretungsbüros und auch der Mitgliedsstaaten selbst, wurde immer wieder verstärkt auf den Sinn und Zweck dieser Verbindung der Baltischen mit der Adriatischen See hingewiesen. Für die Steiermark ist es wichtig, dass die BAA als prioritäres Projekt anerkannt wird, da damit die Möglichkeit besteht, höhere Förderungen für die Bauprojekte zu erhalten.

Weiteres Vorgehen

Nachdem die Europäische Kommission den Vorschlag vorgelegt hat, ist nun das Europäische Parlament am Zug. Aus diesem Grund fand am 6. Dezember 2011 im Europäischen Parlament eine Veranstaltung statt, um den Abgeordneten die BAA näher zu bringen. Unter der Schirmherrschaft von MEP Jörg Leichtfried, MEP Hubert Pirker und MEP Antonio Cancian (It) trafen sich zahlreiche Parlamentarier, regionale Vertreter (aus der Steiermark 2. Landeshauptmann-Stellvertreter Siegfried Schrittwieser) und die Presse, um sich über die BAA und ihre wirtschaftliche Relevanz für die Regionen, Mitgliedsstaaten und die EU selbst genau zu informieren. Nunmehr wird im zuständigen Ausschuss (TRAN) eine Stellungnahme seitens des Europäischen Parlaments gefertigt, die voraussichtlich im Herbst 2012 in der Plenartagung des Europäischen Parlaments verabschiedet wird.



2b: Europa und die Steiermark – Infoteil

Neue Rechtsakte und Rechtssetzungsvorschläge

Das Europaressort versendet wöchentlich eine nach Themen gegliederte Übersicht der neuen Rechtsakte, die im Amtsblatt der EU veröffentlicht werden. Alle Newsletter mit den neuen Rechtsakten finden Sie [hier](#).

Für die vollständige Aufzählung der Rechtssetzungsvorschläge klicken Sie [hier](#).

Im Folgenden werden die wichtigsten für die Steiermark relevanten Rechtsakte und Rechtssetzungsvorschläge zusammengefasst:

NEUE RECHTSAKTE

BINNENMARKT, WETTBEWERB, STEUERN, WIRTSCHAFTS- UND WÄHRUNGSPOLITIK

[Verordnung \(EU\) Nr. 1251/2011](#) der Kommission vom 30. 11. 2011 zur Änderung der Richtlinien 2004/17/EG, 2004/18/EG und 2009/81/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (Schwellenwerte für Auftragsvergabeverfahren)

BESCHÄFTIGUNG UND SOZIALPOLITIK

[Beschluss des Europ. Parlaments und des Rates vom 27. 9. 2011](#) über die Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung gemäß Nr. 28 der Interinstitutionellen Vereinbarung vom 17. Mai 2006 zwischen Parlament, Rat und Kommission über die Haushaltsdisziplin und die wirtschaftliche Haushaltsführung (Antrag EGF/2010/007 AT/Steiermark und NÖ, Österreich)

[Beschluss des Europ. Parlaments und des Rates vom 27. 9. 2011](#) über die Inanspruchnahme des Europ. Fonds für die Anpassung an die Globalisierung gemäß Nr. 28 der Interinstitutionellen Vereinbarung vom 17. 5. 2006 zwischen dem Europ. Parlament, dem Rat und der Kommission über die Haushaltsdisziplin und die wirtschaftliche Haushaltsführung (Antrag EGF/2010/008 AT/AT&S, Österreich)

[Beschluss des Europ. Parlaments und des Rates vom 27. 9. 2011](#) über die Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung gemäß Nummer 28 der Interinstitutionellen Vereinbarung vom 17. Mai 2006 zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat und der Kommission über die Haus-



haltsdisziplin und die wirtschaftliche Haushaltsführung (Antrag EGF/2011/000 TA 2011 – technische Unterstützung auf Initiative der Kommission)

LANDWIRTSCHAFT UND FISCHEREI

[Durchführungsbeschluss der EK vom 30. 11. 2011](#) zur Festsetzung der finanziellen Beteiligung der Union an den im Zusammenhang mit den Notimpfungsplänen gegen die Blauzungenkrankheit in Österreich 2007 und 2008 entstandenen Kosten

[Durchführungsbeschluss der Kommission \(EK\) vom 30. 11. 2011](#) über die Genehmigung der von den Mitgliedstaaten für 2012 und die Folgejahre vorgelegten Jahres- und Mehrjahresprogramme zur Tilgung, Bekämpfung und Überwachung bestimmter Tierseuchen und Zoonosen sowie der finanziellen Beteiligung der Union

NEUE RECHTSSETZUNGSVORSCHLÄGE

BINNENMARKT, WETTBEWERB, STEUERN, WIRTSCHAFTS- UND WÄHRUNGSPOLITIK

[Vorschlag](#) für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über Europäische Fonds für soziales Unternehmertum

[Vorschlag](#) für einen Beschluss des Rates über das spezifische Programm zur Durchführung des Rahmenprogramms für Forschung und Innovation "Horizont 2020" (2014-2020)

[Vorschlag](#) für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über ein Programm für die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und für kleine und mittlere Unternehmen (2014-2017)

BESCHÄFTIGUNG UND SOZIALPOLITIK

[Vorschlag](#) für eine Verordnung des Europ. Parlaments und des Rates über den Europäischen Sozialfonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1081/2006

[Vorschlag](#) für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über den Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung (2014-2020)

[Vorschlag](#) für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über ein Programm der Europäischen Union für sozialen Wandel und soziale Innovation

LANDWIRTSCHAFT UND FISCHEREI

[Vorschlag](#) für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Förderung der ländlichen Entwicklung durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER)



[Vorschlag](#) für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates mit Vorschriften über Direktzahlungen an Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe im Rahmen von Stützungsregelungen der Gemeinsamen Agrarpolitik

[Vorschlag](#) für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1234/2007 des Rates hinsichtlich der Betriebsprämienregelung und der Unterstützung für Weinbauern

[Vorschlag](#) für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 73/2009 des Rates hinsichtlich der Gewährung von Direktzahlungen an Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe für das Jahr 2013

[Vorschlag](#) für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über eine gemeinsame Marktorganisation für landwirtschaftliche Erzeugnisse (Verordnung "Einheitliche GMO")

[Vorschlag](#) für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Finanzierung, die Verwaltung und das Kontrollsystem der Gemeinsamen Agrarpolitik

[Vorschlag](#) für eine Verordnung des Rates mit Maßnahmen zur Festsetzung bestimmter Beihilfen und Erstattungen im Zusammenhang mit der gemeinsamen Marktorganisation für landwirtschaftliche Erzeugnisse

KOHÄSIONSPOLITIK

[Vorschlag](#) für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates mit besonderen Bestimmungen zur Unterstützung des Ziels „Europäische territoriale Zusammenarbeit“ aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE)

[Vorschlag](#) für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1082/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juli 2006 über den Europäischen Verbund für territoriale Zusammenarbeit (EVTZ) im Hinblick auf Präzisierungen, Vereinfachungen und Verbesserungen im Zusammenhang mit der Gründung und Verwaltung solcher Verbünde

[Vorschlag](#) für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über den Kohäsionsfonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1084/2006

FREIHEIT, SICHERHEIT UND RECHT

[Vorschlag](#) für eine Richtlinie des Rates und des Europäischen Parlaments zur Änderung der Richtlinie 2003/98/EG über die Weiterverwendung von Informationen des öffentlichen Sektors

[Mitteilung](#) der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen - Offene Daten: Ein Motor für Innovation, Wachstum und transparente Verwaltung



[Vorschlag](#) für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über ein Verbraucherprogramm 2014-2020

KULTUR, BILDUNG, JUGEND UND SPORT

[Vorschlag](#) für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einrichtung des EU-Programms "Erasmus für alle" für allg. und berufl. Bildung, Jugend und Sport

[Vorschlag](#) für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einrichtung eines Rahmenprogramms Kreatives Europa

UMWELT, ENERGIE UND KATASTROPHENSCHUTZ

[Vorschlag](#) für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Aufstellung des Programms für Umwelt- und Klimapolitik (LIFE)

VERKEHR, TEN UND INDUSTRIE

[Vorschlag](#) zur Änderung des Beschlusses Nr. 1639/2006/EG zur Einrichtung eines Rahmenprogramms für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation (2007-2013) sowie der Verordnung (EG) Nr. 680/2007 über die Grundregeln für die Gewährung von Gemeinschaftszuschüssen für transeuropäische Verkehrs- und Energienetze

[Vorschlag](#) für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung des Beschlusses Nr. 1639/2006/EG zur Einrichtung eines Rahmenprogramms für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation (2007-2013) sowie der Verordnung (EG) Nr. 680/2007 über die Grundregeln für die Gewährung von Gemeinschaftszuschüssen für transeuropäische Verkehrs- und Energienetze

[Vorschlag](#) für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung des Beschlusses Nr. 1639/2006/EG zur Einrichtung eines Rahmenprogramms für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation (2007-2013) sowie der Verordnung (EG) Nr. 680/2007 über die Grundregeln für die Gewährung von Gemeinschaftszuschüssen für transeuropäische Verkehrs- und Energienetze

GESUNDHEITSWESEN, VERBRAUCHERSCHUTZ UND TOURISMUS

[Vorschlag](#) für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über das Programm "Gesundheit für Wachstum", das dritte mehrjährige EU-Aktionsprogramm im Bereich der Gesundheit, für den Zeitraum 2014-2020



ALLGEMEINES (INSBESONDERE RECHTSANGLEICHUNG, NICHT-DISKRIMINIERUNG, UNIONSBÜRGERSCHAFT, VERWALTUNGSZUSAMMENARBEIT)

[Anhang](#) zur Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen – Arbeitsprogramm der Kommission für 2012

[Mitteilung](#) der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen – Arbeitsprogramm der Kommission für 2012 Europäische Erneuerung VOL. 1

[Anhang](#) zur Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen – Arbeitsprogramm der Kommission für 2012 VOL. 2
